

DBSH lehnt Gesetzentwurf für eine Neuordnung der Ausbildung der Psychotherapeuten ab

7. Februar. 2019

Herausgegeben von: Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH)

Bereits in der Vergangenheit hat der „Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.“ (DBSH) Änderungen im Rahmen der Ausbildungsordnung für das Handlungsfeld der Kinder- und Jugendpsychotherapeuten abgelehnt. „Der vorliegende Gesetzentwurf treibt die Pathologisierung von Kindern und Jugendliche voran. Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen, die jahrelang im Praxistest von Professionsangehörigen der Sozialen Arbeit bewiesen wurden, werden ignoriert“, so der Bundesvorsitzende Michael Leinenbach.

In vielen Jahren wurden sozialpädagogische Methoden und Inhalte in der konkreten Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen durch Professionsangehörige der Sozialen Arbeit, die sich nach ihrem Studium weiter qualifiziert hatten, in die Arbeit als Kinder- und Jugendpsychotherapeuten eingebracht.

„Es zeigt sich einmal mehr, dass im politischen Berlin eine Klientelpolitik auf dem Rücken der Kinder und Jugendlichen betrieben wird“, so Leinenbach.

Das generalisierte grundständige Studium der Sozialen Arbeit - so wie es derzeit gestaltet wird - enthält vieles grundlegendes, dass für die Kinder- und Jugendpsychotherapie von Nöten ist und in einem entsprechenden Masterstudiengang oder einer Ausbildung zum Kinder- und Jugendpsychotherapeuten qualifizierend ist. Die Orientierung an der Internationalen Definition der Sozialen Arbeit sowie der Berufsethik des DBSH, (in der der DBSH den internationalen Auftrag umsetzt, den „Code of ethics“ sowie die Internationalen Prinzipien für Deutschland umzusetzen), bilden einen weiteren wesentlichen Rahmen im Handlungsfeld der Sozialen Arbeit und somit in der Kinder- und Jugendpsychotherapie.

Der DBSH fordert daher die Zulassung der Professionsangehörigen aus der Sozialen Arbeit für die Ausbildung zum Kinder- und Jugendpsychotherapeuten auch weiterhin zu ermöglichen. Eine Abkehr der Klientelpolitik der Bundesregierung, die auf dem Rücken der Kinder und Jugendlichen stattfindet und sozialpädagogische Interventionen durch eine auf Pathologisierung ausgerichtete Politik verhindert muss seitens der Bundesregierung durch Intervention im Bundesgesundheitsministerium sofort gestoppt werden.

Weitere Informationen unter:

<https://www.dbsh.de/sozialpolitik/handlungsfelder/therapie/archiv-2016-und-aelter.html>